

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Ratskolleginnen und Kollegen, liebe Anwesende und Onlinefolgende,

am 13.11.2023 hat der Bürgermeister seinen Doppelhaushalt für das Jahr 2024/25 eingebracht und erzählte von seinen zahlreichen Geschichten als Kapitän auf dem großen weiten Meer.

Er legte Gründe da, warum wir in schwerer See sind und dass wir in den Bereichen Kita-Finanzierung, Anspruch auf Ganztagsbetreuung oder Personalkosten Belastungen haben, die wir als Kommune aufgrund Vorgaben des Landes und des Bundes tragen müssen.

Mir fiel jedoch sofort folgender Spruch bei der Haushaltseinbringung ein:

Bei schönem Wetter kann jeder segeln aber erst bei Sturm zeigt sich der wahre Kapitän. Dann stellt sich heraus, dass man das Kapitän-Sein eben nicht durch Übungen in einer Pfütze lernt. Auch wenn man selbst davon überzeugt ist, dass das ausreichend wäre.

Aber wir wollen nicht ungerecht sein. Die vorgetragenen Gründe vom Bürgermeister sind nicht ganz von der Hand zu weisen, nehmen wir ja wirklich zusätzliche Aufgaben wahr.

Doch schon in diesem Fazit hätte ich mir gewünscht, dass der Bürgermeister als mutmaßlicher Kapitän hier ehrlicher zu sich selbst gewesen wäre und nicht weitere Geschichten erzählt, um seinen Teil des Missmanagements zu verschleiern.

Da tut der Bürgermeister so, als wenn er z.B. an den Personalkosten nichts tun könne, verschweigt aber im gleichen Atemzug, dass er es selbst ist, der immer mehr Personal fordert und gleichzeitig nicht in der Lage ist, eine Umstrukturierung der Verwaltung anzugehen, die zu mehr Effizienz und Kosteneinsparungen führt.

Dazu gleich Beispiele, um es deutlicher zu machen.

Schauen wir uns vorher jedoch die Ausgangslage an:

Wir schieben eine erhebliche Verschuldung vor uns her.

Wir stehen mit fast einer Milliarde an Investitionsschulden vor der Brust vor dem Haushalt und müssen mit unseren derzeitigen Haushaltsmitteln schon erhebliche Anstrengungen vornehmen, damit wir noch einigermaßen handlungsfähig bleiben.

Schon 2025 planen wir mit einem Minus von ca. 17 Millionen im Haushalt und müssen diese kompensieren.

Erst die Berechnung unserer Vorgaben und Beschlüsse heute wird zeigen, wie sehr uns dies gelungen ist.

Richtig hart trifft es uns aber 2026. Dort haben wir ein Defizit von ca. 39 Millionen, welche eingespart werden müssen. Erschwerend kommt auch noch hinzu, dass wir unsere Überschussrücklage von 53 Millionen komplett aufgebraucht haben.

Die Zeit läuft also gegen uns und große Teile dieses Rates haben dies erkannt und haben ein außergewöhnliches breites Bündnis für das Haushaltssicherungskonzept geschlossen. Wer genau hinguckt, wird feststellen, dass in dieser Gruppe alle Elemente von Feuer bis Wasser vertreten sind.

Schon die beiden Elemente Feuer und Wasser sind normalerweise nicht verträglich aber dieses Bündnis hat erkannt, dass wir zum Wohle unserer Stadt und unserer Bürgerinnen und Bürger eine erhebliche Verantwortung tragen und diese dann auch wahrnehmen müssen.

Daher gilt mein Dank allen, die in dieser Gruppe mitgearbeitet haben und auch kompromissbereit waren und immer wieder mit zahlreichen Schritten und Eingeständnissen aufeinander zu gegangen sind, um Lösungen zu finden.

Wir haben hier eine Grundlage geschaffen, um die schon erwähnte Handlungsfähigkeit unserer Stadt zu erhalten.

Man muss aber auch festhalten: Ich sage, wir haben für die Bürgerinnen und Bürger schlimmeres verhindert, während anderen Teilen dieses Bündnisses die Maßnahmen eventuell noch nicht weit genug gingen. Aber das ist so in einer Demokratie, man muss Einigungen erzielen und immer das Gesamte im Blick behalten.

Liebe CDU, liebe Jan, ich habe bei deiner Aussage, dass wir als dieses Bündnis, die Erhöhung der Kita-Gebühren und der Verpflegungskosten ablehnen, sehr gut zugehört.

Im Umkehrschluss wollt ihr also an der Erhöhung festhalten? Die Eltern noch mehr belasten? Ich hoffe für euch, dass die betroffenen Eltern gerade nicht so genau zugehört haben.

Wart nicht ihr immer diejenigen, die für die Familie eintraten und plötzlich wird unser Antrag auf Nichterhöhung der Gebühren kritisiert?

In seiner Haushaltseinbringung sagte der Bürgermeister zum Beschluss zur Einstellung eines Kämmerers, dass auch dieser keine 30 Millionen Euro finden wird, um diese Einsparungen vorzunehmen.

Lieber Herr Bürgermeister, lieber Mirko, ja das ist durchaus möglich, dass dieser auf einen Schlag keine 30 Millionen Euro gefunden hätte.

In der Realität hätte er das allerdings auch nicht gebraucht, weil er in der ganzen Zeit immer wieder Prozesse begleitet und schon von vorneherein Ineffizienz und falsche Strukturen erkannt und so Kosten vermieden hätte.

Er hätte also deinen Job gemacht und ich nenne mal nur ein paar Beispiele für das nicht Erkennen von Mängeln oder Ineffizienz.

Beispiel Fuhrparkmanagement:

Haben wir ein Fuhrparkmanagement?

Die Antwort ist ganz einfach: Es gibt keins. Das muss man sich für eine öffentliche Behörde mal vorstellen. Wir müssen jetzt heute die Einführung eines Fuhrparkmanagements beschließen, welches eigentlich in einer Kommune Standard sein müsste.

Bisher hatten Abteilungen/Bereiche ein Auto und wenn das nicht verfügbar war, mussten Mitarbeiter dieser Abteilungen sich in den anderen Abteilungen umhören, telefonieren und versuchen ein Auto zu besorgen.

Unfassbar, was da für Arbeitszeit drauf gegangen ist und die Mitarbeiter sich nicht auf ihren Kernauftrag konzentrieren konnten.

Und wenn dies alles nicht schon genug wäre, haben wir Autos geleast die täglich nur stundenweise genutzt werden und sich dann die Reifen platt standen und stehen.

Von 35 Fahrzeugen (ohne Feuerwehr und Stadtentwässerung) wurden nur 5 Fahrzeuge mehr als 8 Stunden am Tag bewegt.

15 Autos wurden zwischen 2 bis 6 Stunden bewegt.

Kostenansatz allein für das Leasing: 85.700 Euro

2 Fahrzeuge in dem Pool der Fahrzeuge, wurden sogar nur 2-mal wöchentlich bewegt und standen sonst herum.

Eine Ineffizienz die der Bürgermeister als verantwortlicher Kämmerer schon lange hätte beseitigen müssen. Spätestens jedoch, als der Auftrag zum Sparen mit der Gruppe der Vielfalt im Jahr 2017 kam, hätte so etwas schon lange auffallen und beseitigt werden müssen.

Beispiel Mieteinnahmen.

Wir vermieten Wohnungen an Privatleute und der Preis pro Quadratmeter beträgt z.B. für eine 115 m² große Wohnung 3,12 Euro. Eine Wohnung hat einen Preis von 3,69 Euro und so könnte ich jetzt weiterfortfahren.

Nun kann es durchaus Gründe für so eine niedrige Miete geben, da sie an bestimmte Voraussetzungen geknüpft sind (Stichwort: Hausmeister etc.)

Wenn man die uns vorliegende Liste allerdings durchgeht, stellt man fest, dass in 31 Objekten mit teilweise privaten Mietern, die Voraussetzungen vermutlich nicht mehr gegeben sind und schon lange eine Anpassung der Miete an den ortsüblichen Rahmen hätte erfolgen müssen. Wir haben teilweise Wohnungen oder Läden die noch Verträge von 1986 oder Mietverträge von 2011 oder 2013 haben und in denen die Miete nie erhöht oder angepasst wurde.

Wie kann so was sein?

Ruhender Verkehr, also unser Außendienst Ordnungsamt.

2017 hatten wir noch 11.171 geahndete Verstöße. 2022 nur noch 6.000. Es mag sein, dass die Menschen sich mehr an die Verkehrsregeln halten, dass wir weniger Verstöße haben.

Es kann aber auch sein, dass die Abteilung und der Personalansatz nicht stimmen. Hier hätte schon lange eine Überprüfung erfolgen müssen, um zu klären, woran es liegt. Auch dies ist eine Aufgabe des Kämmerers. Da es sich hier um eine einfache Kosten-Nutzen-Analyse handelt.

Eine weitere Aufgabe des Kämmerers, also unseres Bürgermeisters, wäre es gewesen, die Abgabequote an die Region zu hinterfragen. Nur ein Beispiel von vielen:

Die Region bekommt von uns 40 Prozent von stationär erfassten Verstößen und sogar 50 Prozent für mobil erfasste Verstöße.

Da fragt man sich doch wofür? Wir haben die Kosten für Wartung, Reparatur und Personal, Aufstellen, Umstellen, Auswerten und haben nur einen Kostendeckungsgrad von knapp 60 bzw. 50 Prozent.

Was macht die Region mit diesem Geld, außer die Bußgeldbescheide zu bearbeiten? Was berechtigt eine solche prozentuale Verteilung?

Hier hätte der Missstand, welcher uns benachteiligt, schon lange nachverhandelt werden müssen.

Beispiel Beschaffungsmanagement:

Sachstand: Das Beschaffungsmanagement ist optimierungsbedürftig.
Anmerkung: Man darf froh sein, dass die KGST höflich ist.

Die Wirklichkeit sieht so aus: Keine klaren Regelungen wer zuständig ist. Jeder Mitarbeiter kann eine Beschaffung durchführen. Keine Standards und Vorgaben für Beschaffungen.

Keine Nutzung von Synergien mit anderen Abteilungen oder Kommunen.

Selbst die Arbeitskleidungsrückgabe bei Ausscheiden aus dem Dienst scheint nicht sichergestellt zu sein,

Und als wenn dies noch nicht reicht:

Die Höhe des Beschaffungsbudgets kann nicht benannt werden, weil es keine ausreichende Transparenz darüber im Haushalt gibt. Keine Transparenz im Haushalt!!

Ein zentrales Beschaffungsmanagement ist eine selbstverständliche Grundlage für eine effiziente Beschaffung. Ebenfalls Überwachungsjob des Kämmerers.

Marketing und Kommunikation:

Ein Paradebeispiel, warum Kommunikationsverluste in der Verwaltung möglicherweise so hoch sind, und der gemeinsame Strang fehlt.

Ausgangslage: Die interne Öffentlichkeitsarbeit findet derzeit auf niedrigem Niveau statt.

Und jetzt hören Sie bitte genau hin, was für engagierte Mitarbeiter/innen wir in der Verwaltung haben und welche großartigen Ideen und Vorschläge diese machen, während ich mich gleichzeitig frage, warum diese Ressourcen nicht genutzt werden?

Ich gebe es mit meinen Worten wieder:

Wir haben eine so niedrige interne Öffentlichkeitsarbeit, weil wir die Tools eines kollaborativen Social Intranet (Intranet 2.0.) nicht haben.

In einem solchen System könnten Mitarbeiter Informationen einholen, gemeinsam Ideen austauschen, Updates posten, Fragen stellen und Antworten erhalten und gemeinsam zusammenarbeiten.

Warum haben wir das nicht schon lange? Stichwort Effizienz?

Und dann on Top noch die Anmerkung: Homeoffice!!

Ist es ein Wunder, wenn es in der Verwaltungskommunikation hakt?

Die Liste ließe sich ohne Probleme fortführen. Stichwort: Erbpacht, Flüchtlingsunterkünfte, Regionsumlage, Gebäudemanagement, ich bin mir aber sicher, dass jedem klar geworden ist, wo die Probleme liegen und welche Themen wir (die Verwaltung) schnellstmöglich angehen müssen. Die gesamte Mängelliste liegt ja vor und das Ziel muss sein, diese schnellstmöglich abzarbeiten und die Problemfelder anzugehen.

Die richtigen Instrumente dafür haben wir als großes Bündnis gelegt.

Zukünftig sind die strategischen Ziele und noch viel mehr die operativen Ziele messbar und man kann auch ein Fazit ziehen und die Ergebnisse auswerten. Damit

kann man erkennen, wo ggf. am Haushaltsende 2025 seitens der Politik nachgesteuert werden muss.

Es gibt jetzt zu erreichende Ziele und die beinhalten eben auch die Auswertung der Ergebnisse, geben aber gleichzeitig auch ganz klar die Schwerpunkte der Politik in Richtung Verwaltung vor.

Und reden wir nochmal über den Rathausanbau.

22 Prozent Mehrkosten beim Anbau. Nachdem wir zuvor schon einmal ca. 18 Prozent mehr genehmigen mussten.

Ja, an dieser Situation beim Anbau kann man nichts mehr ändern. Die Vergaben sind durchgeführt und die Gewerke verplant worden. Für diese Situation können wir unsere Stadtbaurätin Frau Gifhorn nicht verantwortlich machen.

Ich bin mir aber sicher, dass Frau Gifhorn sehr genau prüfen wird, wo Einsparungen bei der Sanierung des Altbaus möglich sind.

Ein richtiger Ansatz mit dem Rausnehmen von Terracotta Fliesen ist gegangen. Aber wir müssen beim Bestandsbau genau prüfen, wo gespart werden kann und was wirklich sein muss.

Erlauben Sie mir noch ein Wort zur CDU.

Liebe CDU, ihr wart ebenfalls Teil dieses Bündnisses. Als es dann jedoch um Lösungen und Kompromissbereitschaft ging, wurde es der CDU wohl zu heiß, sie musste sich entscheiden, ob Sie den Job ihres Bürgermeisters kritisiert oder lieber Opposition zum Nachteil dieser Stadt betreibt. Das Ergebnis ist, sie stieg aus diesem Bündnis aus.

Wohin das führt, kann man an dem heutigen Antrag der CDU BD/2023/379 sehen.

Dort steht:

Wir sind der Auffassung, dass es nicht zielführend ist, die Position eines Finanzdezernenten zu besetzen, da dies keinen finanziellen Mehrwert für die Stadt einbringt, sondern lediglich Kosten verursacht.

Indem der Bürgermeister die Aufgaben des Finanzdezernenten weiterhin selbst ausübt, können wir signifikante Einsparungen erzielen.

Ich hoffe, die CDU hat bei meinen Beispielen genau zu gehört und nicht nur den Fehler sondern die Fehler in ihrem Antrag erkannt.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.